

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

**BERLINER  
EXTRA  
DIENST**

Verlag und Redaktion: 1000 Berlin 31, Pfalzburger Straße 20 · Telefon: 86 21 89 · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Diese Publikation erscheint im Verlag der EXTRA-Dienst GmbH Westberlin · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00; Ausland monatlich DM 6,00; Luftpostbelieferung Ausland monatlich DM 6,00 zuzüglich geltender Luftpostzuschlag · Bankverbindungen: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin Konto 4712 und Postscheckkonto Berlin-West Konto 85 21 · Redaktionen setzen sich wegen Nachdrucken oder sonstiger Auswertung mit dem Verlag in Verbindung.

7. Dezember 1968 - 98/11  
Einzelpreis DM 0.75

IN DIESER AUSGABE:

BENDAS MEINUNG ÜBER DIE FERNSEH-STUDENTEN (SEITE 7) - JURISTISCHE SENATS-TRICKS UM DEN SPRINGER-KONZERN (SEITE 8) - DOKUMENTATION ÜBER DEN SA-MANN UND FRAGEBOGEN-FÄLSCHER HARNDT (SEITE 9) - ZUR WEGNAHME EINER FERNSEHKAMERA (SEITE 13)

-----  
DOKUMENTE BEWEISEN: FU-REKTOR HARNDT HAT UNWAHRHEIT GESAGT

Der Rektor der Freien Universität Westberlin, seine Magnifizenz Prof. Dr. Dr. Harndt, hat die Unwahrheit gesagt. In einer Presseerklärung, die in fast allen Westberliner Zeitungen und zahlreichen westdeutschen Blättern ausführlich zitiert wurde, schrieb Harndt von einem "kläglichen Rufmord-Versuch des EXTRA-Dienstes" und behauptete: "Ich habe der SA niemals angehört und trat ihr daher auch nicht vor genau 35 Jahren, am 1. November 1933... selber bei" (siehe EXTRA-Dienst 95/II). Das ist unwahr. Der Autor des Harndt-Reports, Martin Buchholz, erstattete daraufhin Strafanzeige gegen den FU-Rektor wegen Beleidigung und übler Nachrede, weil Harndt dem EXTRA-Dienst unterstellt habe, er verbreite falsche Nachrichten. Am Donnerstag dieser Woche teilte Oberstaatsanwalt Severin Buchholz nun folgendes mit: "Nach Prüfung der Sach- und Rechtslage habe ich ein öffentliches Interesse an der von Ihnen beantragten Strafverfolgung nicht feststellen können. Ein solches Interesse läge nur vor, wenn der Rechtsfrieden über ihren Lebenskreis hinaus gestört und die Verfolgung von Amts wegen ein gegenwärtiges Anliegen der Allgemeinheit wäre. Dafür sind jedoch keine Anhaltspunkte ersichtlich."

Die Allgemeinheit hat also kein Interesse daran, die Berufsehre eines Journalisten zu schützen, eine Publikation der Opposition vor Verleumdungen zu bewahren.

EXTRA-Dienst legt in seiner heutigen Ausgabe auf den Seiten 9 bis 12 Beweise vor: Wir dokumentieren einen von Harndt im Jahre 1939 eigenhändig ausgefüllten und unterschriebenen Fragebogen, in dem er seine Mitgliedschaft zur SA bekennt. Wir dokumentieren ferner einen Fragebogen aus dem Jahre 1946, in dem Harndt, eigenhändig ausgefüllt und unterschrieben, diese Mitgliedschaft leugnet - eine Fragebogenfälschung, die ihm eine zeitweilige Suspendierung aus den Diensten der Humboldt-Universität einbrachte. Aufgrund dieses zweiten Vorgangs kann sich Harndt auch nicht auf Gedächtnis-Störungen berufen: Niemand vergißt eine solche Affäre.

Westberlins Staatsanwaltschaft hat das öffentliche Interesse an der Klärung solchen Sachverhalts verweigert und auf den Privatklageweg verwiesen. EXTRA-Dienst wird ihn beschreiten. EXTRA-Dienst wird ideellen und materiellen Schadenersatz fordern, der ihm aus der Behauptung Harndts, diese Publikation betreibe Rufmord, entstanden ist. Die vom Gericht festzusetzende Entschädigungssumme werden wir dem Rechtshilfefonds der Außerparlamentarischen Opposition zufließen lassen. Im übrigen dürfte es wohl selbstverständlich sein, daß der Rektor einer Universität, der schriftlich Unwahrheiten verbreitet, seinen Talar auszieht: EXTRA-Dienst fordert den Rücktritt Harndts.

## "BAHR-AFFÄRE": GEGENATTACKE DER SPD

Die während der letzten Tage mit zunehmender Heftigkeit geführte Auseinandersetzung der Koalitionspartner um die "Bahr-Affäre" hat, wie jetzt aus SPD-Kreisen bekannt wird, dadurch eine weitere Brisanz erhalten, daß die SPD den Unionsparteien in scharfer Form ultimativ gegenübergetreten ist. Die Sozialdemokraten drohen für den Fall, daß ihre Forderungen nicht erfüllt werden, "Enthüllungen" an, die im Zusammenhang mit den nach wie vor unaufgeklärten mysteriösen Todesfällen hoher westdeutscher Offiziere im Oktober stehen. Sie würden sich dann an die für diese Fälle in der Koalition getroffenen Absprachen nicht mehr gebunden fühlen.

Die Ursache dafür sehen informierte Kreise in Bonn darin, daß führende Sozialdemokraten Hinweise erhalten haben, wonach die CSU und verschiedene Kreise der CDU ihre Verbindungen zum Bundesnachrichtendienst ausnutzten, um parteitaktische Überlegungen realisieren zu können. Diese Tatsache hat bei SPD-Bundesgeschäftsführer Wischnewski und auch bei Willy Brandt selbst heftige Empörung ausgelöst und das tiefe Unbehagen über die, nach SPD-Darstellung, aus der Luft gegriffene Attacke gegen Sonderbotschafter Egon Bahr noch potenziert. Die Sozialdemokraten sprechen deshalb nicht mehr nur von einer unerträglichen Belastung der Situation durch die "Bahr-Affäre", sondern in scharfer Form jetzt auch von einem Mißbrauch des Auslandsnachrichtendienstes, dessen Prinzip der "innenpolitischen Neutralität" durch die Unionsparteien "gröblichst verletzt" worden sei. Die Forderungen der SPD gehen dahin, die CSU solle die Karten auf den Tisch legen und bekennen, daß sie die "Bahr-Affäre" als politisches Manöver betrieben hat und die Vorwürfe gegen den Sonderbotschafter jeder Grundlage entbehren. Darüberhinaus verlangt die SPD Garantien, die "einen erneuten Mißbrauch der Geheimdienste" ausschließen.

Die Art der Reaktion der Unionsparteien auf diese ultimativ gestellten Forderungen wird von informierten Kreisen in Bonn umso mehr mit Spannung erwartet, als die Sozialdemokraten angedeutet haben, sie seien "in der Methode anpassungsfähig", sofern ihren Forderungen nicht entsprochen würde. Wie die SPD die CDU im Klartext hat wissen lassen, soll es sich um Beweise für gewisse Zusammenhänge zwischen den mysteriösen Todesfällen im Oktober dieses Jahres in Bonn handeln, für deren Verschleierung durch das Bundeskanzleramt in Absprache mit der SPD eine Sprachregelung getroffen worden war.

Im einzelnen wollen die Sozialdemokraten u. a. den Beweis dafür antreten, daß es zwischen Admiral Lüdke und General Wendland eine enge Bekanntschaft gegeben habe, die nicht nur privater Natur war, sondern von Wendland auch aus beruflichen Gründen gepflegt wurde. Außerdem spricht man von Details über die Vergangenheit Admiral Lüdkes und dessen aus der Zeit kurz nach dem 2. Weltkrieg herrührenden Verbindungen zum Nachrichtendienst einer befreundeten Macht, die auch dem Bundesnachrichtendienst bekannt gewesen sei. Nach SPD-Darstellung gebe es ferner aufschlußreiche Beweise dafür, daß der Tod Lüdkes auf dem Hintergrund seiner Geheimdienstverbindungen zu sehen und ein Jagdunfall als Todesursache erwiesenermaßen auszuschließen ist.

Desweiteren spricht die SPD von Einzelheiten, die geeignet seien, die Angelegenheit mit den Minox-Aufnahmen geheimer NATO-Dokumente zu beleuchten. Sie hätten - so heißt es - unzweifelhaft eine wesentliche Rolle beim tragischen Ende des Admirals gespielt; der Bundesnachrichtendienst indessen wisse gegenwärtig darüber mehr, als dem Untersuchungsausschuß mitgeteilt worden sei. Im Zusammenhang mit der Arbeit des BND im Ausland und in der NATO will die SPD über verschiedene "unangemessene Aktivitäten" informiert sein, die wiederholt zur Verärgerung befreundeter Mächte geführt haben und die Bündnispolitik der Bundesrepublik erheblich belasten könnten. Schließlich sollen auch einige aufschlußreiche Briefe eines hohen Bundeswehroffiziers zu den Materialien gehören, von denen man bei der SPD meint, die Attacken der CSU zum Schweigen bringen zu können.

## AFFÄRE TEGEL: FIEBERHAFTE ARBEITEN IN KÜCHE UND KELLER

Nach Veröffentlichung des EXTRA-Reports über Mißstände in der Tegeler Gefängnis-küche ist nicht nur das Vorratslager von verdorbenen Konserven weitgehend gesäubert

worden, man versuchte auch in aller Eile vor Beginn einer Untersuchung andere Mißstände zu beheben. So wurden beispielsweise in die schadhafte Kessel neue Ventile und Leitungen eingebaut. Sämtliche Maler, die bisher am Haus I gearbeitet hatten, wurden plötzlich zur Renovierung des Küchentrakts abgestellt, obwohl in diesem Jahr schon einmal Umbauarbeiten stattgefunden hatten. In den Heizungskeller, von dem aus die Kessel in der Küche beheizt werden, kamen die Maurer: Es wurden Fenster ins Mauerwerk gebrochen. EXTRA-Dienst hatte berichtet, daß die dort tätigen Heizer in der Zeit von 2 Uhr 30 bis 16 Uhr bei einer Temperatur von 40 - 50 Grad arbeiten, ohne die Möglichkeit, frische Luft zu schöpfen. Ein Gefangener hatte in diesem Keller schwere Verletzungen erlitten, als ein Kessel platzte, und er der Glut nicht ausweichen konnte, weil die Notausgänge abgeschlossen waren. Den Handwerkern, die jetzt die Kessel überholen und die Küche renovieren, wurde erklärt, daß man noch nicht ausgenutzte Mittel in diesem Jahresetat hätte, die bis zum 31. Dezember verbraucht werden müßten. Außerdem stünde ein Besuch der Reinickendorfer Amtsärztin, Frau Dr. Kemna, bevor, so daß man die Küche so schnell wie möglich in einen ordnungsgemäßen Zustand bringen müsse. EXTRA-Dienst hat sich inzwischen mehrfach bemüht, eine Stellungnahme vom Gesundheitsamt Reinickendorf einzuholen; obwohl man eine Antwort auf unsere Anfragen versprochen hatte, blieb sie bis heute aus.

=====

### REPUBLIKANISCHER CLUB

SONNABEND, 7. Dezember, 20 Uhr: Der griechische Politiker und Journalist Georgios Patsis, seit dem Staatsstreich im Exil, spricht über "Die Rolle des internationalen Kapitals und der NATO bei der Errichtung der Militärdiktatur in Athen und Möglichkeiten eines Volksaufstandes".

SONNTAG, 8. Dezember, 20 Uhr: "Widerstand in Spanien heute". Joan Esteller und José Suarez berichten und singen Lieder.

MITTWOCH, 11. Dezember, 20 Uhr: Veranstaltung der Luxemburg-Liebknecht-Gesellschaft. Eine Diskussion mit Helmut Wilhelm Liebknecht, dem in der UdSSR lebenden ältesten Sohn Karl Liebknechts zum Thema: "Die Revolution von 1918/19".

DONNERSTAG, 12. Dezember, 20 Uhr: Jour fixe für die Entwicklung strategischer Konzeptionen aus den Reihen der Mitglieder.

FREITAG, 13. Dezember, 20 Uhr: Clubdiskussion mit dem Thema "Mitbestimmung als strategisches Konzept gesellschaftlicher Veränderung". Es diskutieren Rudolf Kuda (IG Metall Frankfurt), Horst Schmitt (SED Westberlin), Klaus Köster und Jörg Huffschild (RC Westberlin).

### TERMINE

DIENSTAG, 10. Dezember, 9 Uhr: Prozeß gegen die underground-Zeitschrift "Linkeck" wegen Beleidigung eines Staatsoberhauptes, Aufforderung zu strafbaren Handlungen, Verbreitung unzüchtiger Schriften; Saal 704, Landgericht Moabit.

MITTWOCH, 11. Dezember, 19.30 Uhr: "Das Herz der Mutter", sowjetischer Spielfilm über die Mutter W. I. Lenins, im DSF-Club, Berlin 31, Kurfürstendamm 72.

MITTWOCH, 11. Dezember, 20 Uhr: Heidemarie Theobald liest Gedichte von Jannis Tsakiris, Vagelis Tsakirides liest eigene Stücke; Akademie der Künste, Berlin 21, Hanseatenweg 10.

SONNABEND, 14. Dezember, 19.30 Uhr: Gisela May aus der DDR singt ihr neues Tucholsky-Programm in der Majakowski-Galerie, 1 Berlin 31, Kurfürstendamm 72 (als Wiederholung, da die erste Vorstellung am Freitag, 13. Dezember, bereits ausverkauft ist).

=====

Druckfehlerberichtigung auf Seite 1: Statt 1939 muß es in Zeile 15 von unten: "im Jahre 1936" heißen.

## AUD: WILL STAATSGELDER AN APO-FONDS GEBEN

Der Landesverband Westberlin der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), der sich zur Außerparlamentarischen Opposition zählt, hat beschlossen, ihm wahrscheinlich zufallende Gelder aus der Staatsfinanzierung der Parteien dem Rechtshilfefonds der APO zur Verfügung zu stellen. Bekanntlich hat das Bundesverfassungsgericht entschieden (3.12.1968), daß alle Parteien, die wenigstens 0,5 Prozent der Zweitstimmen erhalten, Wahlkostenerstattung aus dem Staatsetat fordern können. Die AUD teilt mit, daß sie die staatliche Parteienfinanzierung ablehne und nach einer zu erwartenden Übernahme der Bundesregelung für Westberlin den "Rückerstattungsbetrag" wie angegeben weiterleiten werde. - Die AUD will sich an den Bundestagswahlen und den nächsten Westberliner Wahlen als selbständige Partei beteiligen.

## DEMOKRATISCHER KLUB: ANGEBLICH 320 MITGLIEDER

Der rechtsgerichtete "Demokratische Klub" - die Gegenründung zum Republikanischen Club in Westberlin - hat "Geschäfts- und Klubräume" in der Schöneberger Hauptstraße 113-115 bezogen. Der Klub hat sich zu einer Kooperation mit der "Aktion Demokratisches Berlin" entschlossen und die Räume zusammen für DM 750,- monatlich gemietet. Vorsitzender der "Aktion" ist der SPD-Rechtsaußen Klaus-Peter Schulz, MdB. Auch im Demokratischen Klub ist die SPD mit neun Vorstandsmitgliedern stark vertreten; die CDU stellt drei Mitglieder, ein Mitglied des Vorstandes gibt keine Parteibindung an. Der Große-Koalitions-Klub behauptet, er habe 320 Mitglieder, davon seien die Hälfte parteilos. "Auch Arbeiter" zähle man zu seinen Mitgliedern. Der Klub bemüht sich um Sammlung der Rechten und hat auch Kontakte zur Aktionsgruppe der "Moralischen Aufrüstung" aufgenommen. Die bisherigen Hauptredner des Klubs waren der rechtsgerichtete Historiker Dr. Ritter und der Kabarettist Werner Finck, der "fester Mitarbeiter" des Klubs werden will.

## WESTBERLIN: ERSTE ERFOLGE BEIM KUNSTVEREIN

Erste Erfolge bei der Demokratisierung des Westberliner Kunstvereins (EXTRA-Dienst 96/II) wurden auf der Jahreshauptversammlung am Donnerstag dieser Woche erreicht. Mit großer Mehrheit wurde der Vorstand aufgefordert, bis zum 15. Januar eine Satzungsänderung vorzulegen, nach der in Zukunft die "einfachen Mitglieder" die Satzung zu ändern vermögen. Gleichzeitig konstituierte sich eine Gruppe fördernder Mitglieder, die weitere kritische Vorschläge erarbeiten wird. Sie tagt öffentlich (das nächstmal am Mittwoch, 11. Dezember, 18 Uhr, Aula der HfbK).

## WITZE DIESER WOCHE

Die Witze dieser Woche verdanken wir dem Bulletin des Westberliner Republikanischen Clubs, bzw. zwei Autoren des Bulletins: Peter Sörgel und Bernd Rabehl.

Club-Sekretär Sörgel hat per Rezension des Informationsabends von EXTRA-Dienst das Ausscheiden dieser Publikation aus der sozialistischen Bewegung verfügt. Wörtlich: "...daß aber das Verständnis von Politik bei den meisten Redakteuren es ausschließt, im EXTRA-Dienst einen aktiv mitwirkenden Teil der sozialistischen und antiautoritären Bewegung zu sehen". Zwei Sätze weiter hofft Sörgel dann, daß er sich in seiner Beurteilung "irre". Sörgel irrt. EXTRA-Dienst kennt keinen sozialistischen Papst, der ihm verbieten könnte, in der sozialistischen Bewegung zu stehen. Allerdings hört unser Sozialismus-Verständnis in der Tat auf, wenn man in offiziösen RC-Vorstands-Verlautbarungen "sozialistische" Erleuchtungen liest wie: "Die Identifikation mit dem Stärkeren ist eine aus der Psychoanalyse bekannte individuelle Reaktion". Solche Philosophie hatten wir bislang nur ganz rechtsaußen vermutet. Hoffen wir auch hier auf einen Irrtum und eine Rückkehr zu sozialistischen Prinzipien innerhalb des RC-Vorstands.

Witz Nr. 2 fabrizierte das SDS-Mitglied Bernd Rabehl in einer jetzt im RC-Bulletin abgedruckten und am 9. November gehaltenen Rede. Zitat: "Diejenigen..., die wie der EXTRA-Dienst Bildmaterial für die Polizei veröffentlichten..." Diese Unterstellung kann nur als makabrer Spaß einsortiert werden; oder sollte sie als Unverschämtheit verstanden werden sollen, über die Empörung am Platz ist?

## BASISGRUPPE ZEHLENDORF: UNRUHE IN DEN BETRIEBEN

Arbeiter, Angestellte und Studenten der Basisgruppe Zehlendorf haben jetzt mit der Herausgabe von regelmäßig erscheinenden "Extra-Informationen" für die Belegschaft verschiedener Betriebe in Zehlendorf-Süd begonnen. Zuerst wendet man sich an die Arbeiter und Angestellten der Betriebe Krone, Zeiss-Ikon und der Spinnstoffwerke. Das erste Informationsblatt setzte sich mit den steigenden Unfallziffern im Kunststoff-Verarbeitungswerk Krone auseinander. Es werden zynische Äußerungen der Betriebs- und Abteilungsleiter zu den Vorfällen zitiert. Außerdem wird berichtet, daß ein Türke, der aufgrund unzureichender Sicherheitsmaßnahmen verunglückte, fristlos entlassen wurde. Von den etwa 40 aktiven Mitgliedern der Basisgruppe Zehlendorf sind die Hälfte Arbeiter und Angestellte. Auch die in der Gruppe tätigen Studenten haben teilweise Betriebserfahrung hinter sich. Man hat sich in Diskussionen auf die Taktik geeinigt, mit den Arbeitern konkret über Mißstände in ihrem Lebens- und Erfahrungsbereich zu diskutieren, um von daher die Klassensituation bewußt zu machen. Die erste Ausgabe der Extra-Informationen mit 1000 Exemplaren löste ein lebhaftes Echo aus: Die Arbeiter hefteten die Seiten an die Wände ihrer Betriebsräume, diskutierten heftig in den Pausen und übergaben bei Schichtwechsel die Flugblätter ihren Kollegen. Auch die Betriebsleitung und der Betriebsrat mußten zusammentreten.

## NS-VERFOLGTE: OFFENER BRIEF AN BVN-MITGLIEDER

Die "Liga des antifaschistischen Widerstandes" und der "Jüdische Arbeitskreis" haben sich in einem Brief an alle Mitglieder des Bundes der Verfolgten des Naziregimes gewandt und erklärt, warum "ein NS-Verfolgter nicht mehr mit gutem Gewissen Mitglied im BVN sein" kann. In diesem Brief heißt es, daß der BVN "alle jene fortschrittlichen und jungen Gruppierungen ablehnt und befiehlt, die den Kampf gegen den alten und neuen Faschismus auf ihr Programm geschrieben haben und dafür heute schon wieder neuer Verfolgung ausgesetzt sind". Der BVN habe bei seiner "irrationalen antikommunistischen Haltung vergessen, daß z. B. tausende jüdischer Mitbürger ihr Leben dem Einsatz von Kommunisten verdanken". NS-Verfolgte "gehören im Kampf gegen Neonazismus in die erste Reihe. Der BVN aber steht in der Etappe".

## MOZAMBIQUE: 1500 PORTUGIESEN IM KAMPF GETÖTET

Die Freiheitsfront für die derzeitige portugiesische Kolonie Mozambique, "Frelimo", hat aus Anlaß ihres fünfjährigen Bestehens mitgeteilt, daß im Laufe der letzten vier Jahre 1500 portugiesische Soldaten im Kampf getötet worden seien, außerdem seien hundert Militärfahrzeuge zerstört und zwanzig Flugzeuge durch Bodenbeschuß oder Einsatz auf dem Flugplatz abgeschossen oder gesprengt worden. Über die eigenen Verluste wurden keine Angaben gemacht, sie seien jedoch angesichts der Brutalität der portugiesischen Behörden "sehr hoch".

## DÄNEMARK: KÜNSTLER TRETEN FÜR BIERMANN UND HAVEMANN EIN

Namhafte dänische Schriftsteller, sämtliche Mitglieder der Dänischen Akademie der Künste, haben an die Deutsche Akademie der Künste, an die Deutsche Akademie der Wissenschaften und an den Minister für Kultur der DDR, Klaus Gysi, appelliert, Professor Robert Havemann und Wolf Biermann auch in der DDR Möglichkeiten zur Publikation zu geben. In dem Brief an Gysi heißt es: "Als ernsthaft für die sozialistische Zukunft arbeitende Geistesschaffende haben wir mit großem Bedauern festgestellt, daß der kommunistische Dichter Wolf Biermann und der kommunistische Wissenschaftler Professor Robert Havemann - anstatt wieder frei für den Sozialismus arbeiten zu können - verstärkt von offizieller Seite angegriffen werden. Wolf Biermanns Familie und Professor Robert Havemann wurden auf Grund ihrer aufrechten kommunistischen Haltung schon von den Nazis verfolgt und haben schwer gelitten. Wir fühlen uns mit diesen beiden Kommunisten, die so ernsthaft den Sozialismus vertreten, verbunden und in ihrer augenblicklichen Lage für sie verantwortlich. Als Sozialisten verlangen wir, daß Wolf Biermann auch bei Ihnen in der DDR unbeschoren gedruckt wird, daß er auch bei Ihnen seine Lieder singen kann und daß er Aus- und Wiedereinreisevisa erhält, um als Künstler und Sozialist im Aus-

land auftreten zu können. Wir verlangen ebenfalls, daß Professor Robert Havemann wieder seine Tätigkeit als Wissenschaftler in einer ihm angemessenen Position ausüben kann. Sie würden damit nicht nur dem Sozialismus einen Gefallen erweisen, sondern auch dem Ansehender DDR". Die Akademie der Künste wird in einem Brief gebeten, sich für Biermann einzusetzen, die Akademie der Wissenschaften, für Havemann einzutreten. Unterzeichnet ist die Bittschrift von Erik Knudsen, Klaus Ribbjerg, Lise Sorensen, Ole Wivel, K. E. Logstrup, Johs Glavind, Ivan Malinowski, Thorkild Bjornvig und Sven Moller Kristensen. - Die Künstler haben beschlossen, die Öffentlichkeit über ihre Aktion ausschließlich über den EXTRA-Dienst zu unterrichten, um politischen Mißbrauch und "Beifall von der falschen Seite" auszuschließen.

#### INFI: HELFT KUBA MIT BÜCHERN UND MASCHINEN

Der Arbeitskreis Kuba des Internationalen Nachrichten- und Forschungsinstituts "INFI" hat es sich zur Aufgabe gemacht, neben der Erarbeitung eines theoretischen Konzepts über die kubanische Revolution Kuba auch materiell zu unterstützen und bei Freunden des kubanischen Sozialismus für solche Unterstützung zu werben. Die Kubaner, heißt es in dem Aufruf, müssen wegen der US-Blockade "jeden Peso zweimal umdrehen", ehe sie ihn ausgeben. Nach wie vor seien die materiellen Möglichkeiten dieses einzigen sozialistischen Landes auf dem amerikanischen Kontinent beschränkt. Die kubanischen Anstrengungen, die aus eigener Kraft vollbracht werden, seien um so bewundernswerter, vor allem auf dem Gebiet der Ausbildung technischer Kader. Ein kleiner Teil der Lasten könnte abgenommen werden, indem den Kubanern wichtige Bücher (Neuerscheinungen über Technik, Soziologie etc.) ebenso wie Druckmaschinen zur Verfügung gestellt würden. Der revolutionäre Erziehungsprozeß in Kuba soll durch Geldspenden unterstützt werden, die auf das "Sonderkonto Kuba, 09 117 46 05 bei der Sparkasse der Stadt Berlin (West)" einbezahlt werden.

#### "CHE"-FILME: DER "ANTIAUTORITÄRE MARKT" WIRD ERSCHLOSSEN

In einem Bericht des amerikanischen Nachrichtenmagazins "Newsweek" über die Dreharbeiten zu dem Twentieth-Century-Fox-Film "Che" erklärt Titelheld-Darsteller Omar Sharif ("Dr. Schiwago"): "Es ist absurd, zu behaupten, daß dieser Film hundertprozentig ehrlich ist. Er wird von einer Horde von Kapitalisten gemacht. Aber ich meine, ganz sicherlich, daß der Mann selbst sympathisch dargestellt wird. Er war die Art von Mann, den jeder gern auf seiner Seite haben würde." Sharif macht sich keine Illusionen, warum dieser Film gedreht wird: Da eine ganze jüngere Generation gegen das Establishment eingestellt sei und Che Guevara für anti-autoritäre Haltung als Symbolfigur gelte, sei für das Establishment ein neuer Markt erschlossen, dessen Bedürfnisse man manipulieren könne, indem man diese Bedürfnisse scheinbar erfüllt. Ein Presse-Agent erklärt: "Das Skript des Films geht politisch den Mittelweg." Über Hintergründe des Kampfes Guevaras wird kaum berichtet, dafür werden "Idealismus, Mut als Dschungel-Kämpfer, Hingabe, Intelligenz und Unbestechlichkeit" Guevaras herausgestellt. Als Fidel Castro tritt Jack Palance auf, für dessen Filmgefolgschaft pro Drehtag für 100 Dollar Zigarren verbraucht werden. Regisseur ist Richard Fleischer ("Der Würger von Boston"). Die Ausenaufnahmen wurden auf Puerto Rico gedreht. In Italien ist gerade ein Guevara-Film mit dem Western-Star Francisco Rabal in der Titelrolle beendet worden. Auch die Regisseure Franco Rosi und Tony Richardson arbeiten an Projekten mit dem gleichen Thema.

#### HERBERT MARCUSE: EIN NEUES BUCH IM NÄCHSTEN JAHR

"Ein Essay über die Befreiung" ist der Titel eines neuen Buches von Herbert Marcuse, das im nächsten Jahr in den USA veröffentlicht werden soll. Darin sagt der 70jährige Philosoph voraus, daß die Vereinigten Staaten noch weitere 50 Jahre in dem vorrevolutionären Stadium, in dem sie sich jetzt schon befinden, bleiben werden. Marcuses These: Es werde keine Zusammenarbeit zwischen Studenten und Arbeitern geben, da - so Marcuse - die Lohnabhängigen dazu gebracht worden seien, die Bestrebungen des Establishments als die ihren anzusehen.

## FERNSEHAKADEMIE: WAS BENDA MEINT

Im Zuge der Auseinandersetzungen an der Film- und Fernsehakademie in Westberlin, an der 18 Studenten gekündigt wurden und an der die restlichen daraufhin in einen unbefristeten Streik traten, sind Aufzeichnungen bekanntgeworden, die der Direktor der Deutschen Film- und Fernsehakademie, Dr. Heinz Rathsack, nach einem Gespräch mit Bundesinnenminister Dr. Benda gemacht hat. Bendas Innenministerium ist für die Förderung der Akademie finanziell mitverantwortlich. Die Niederschrift wurde von Studenten in den Direktionsräumen gefunden, nachdem diese aus Protest besetzt worden waren. In der Freien Universität wurde diese Niederschrift verlesen, EXTRA-Dienst dokumentiert eine Tonbandfassung. Senator Stein erklärte anschließend, es handle sich nicht "um ein Geheimpapier", wozu die Frage erlaubt ist, was Geheimpapiere dann seien; jedenfalls wurde diese Niederschrift und die in ihr enthaltenen Tatsachen nicht bekannt gemacht. Die Niederschrift und die darin vorgebrachten Meinungen Dr. Rathsacks und Dr. Bendas zeigen, wie notwendig es ist, eine Offenlegung aller Vorgänge an den Universitäten und die Öffentlichkeit von Senats- und Kuratoriumssitzungen zu fordern. Der Text der Niederschrift:

Am 13. 7. 68 fand von 15. 30 Uhr bis ca. 17. 00 ein Gespräch im Privathaus von Bundesminister Benda statt. Weiter nahmen teil: Senator Stein, Senatsrat Wilke, Ministerialrat Dr. Kaminski.

Einleitend berichtete Senator Stein kurz über die verschiedenen Verhandlungen, die in letzter Zeit zur Lösung der Probleme der Akademie stattgefunden hätten und die bei verschiedenen Kuratoriumsmitgliedern und bei dem Unterzeichneten zu einer veränderten Beurteilung geführt hätten. Senator Stein erklärte vorweg, daß er die von mir vorzutragende Meinung teile und auch vor der Öffentlichkeit und im Abgeordnetenhaus zu vertreten gedenke. Der Unterzeichnete legt die verschiedenen Gründe dar, die ihn zu der Ansicht geführt haben, daß die einzig mögliche Lösung darin bestehe, im Augenblick keine Ausbildungsverträge zu kündigen, sondern zunächst die Feststellungen und gegebenenfalls die Urteile des Gerichts abzuwarten und danach die endgültigen Entscheidungen zu treffen. Nur auf diese Weise könne der Eindruck willkürlicher Maßnahmen unter Vorgriff auf ein Gerichtsurteil und eine damit sicherlich verbundene Protestaktion und Solidarisierung von Studierenden und Dozenten vermieden werden. Im übrigen würde dieses Vorgehen mit dem der Berliner Hochschulen übereinstimmen, so daß die Studierenden der DFFB in gleicher Weise wie die Studenten der Hochschulen behandelt würden. Schließlich sei zu bedenken, daß einige der schwierigsten Studenten keinen Anlaß zu einer Kündigung gegeben hätten, daß sie also in der Akademie verbleiben würden und daß die Akademie auf der anderen Seite mit Sicherheit ihre begabtesten Studenten verlieren würde. Die gerichtliche Praxis zeige ferner, daß bei Kündigungen von Ausbildungsverträgen die Gerichte dazu neigen, eine solche Kündigung durch einstweilige Verfügung bis zum Urteil auszusetzen. Sollte dieses geschehen, wäre die Situation in der Akademie vollends unhaltbar.

Bundesminister Benda gab die Auffassung von Ministerialdirektor Hagelberg wieder, nach der es unmöglich sei, mit diesen Studenten weiterzuarbeiten und daß wahrscheinlich das investierte Geld umsonst ausgegeben worden sei. Bundesminister Benda selbst erklärte, daß er schwere Bedenken habe, Studenten in der Akademie zu belassen, die unzweifelhaft Rechtsbrüche begangen hätten. Eine weitere Zusammenarbeit sei im Grunde unzumutbar. Bundesminister Benda erklärte fernerhin, daß nur politische Überlegungen ihn veranlassen könnten, der beabsichtigten Entscheidung des Unterzeichneten nicht zu widersprechen. Im übrigen müsse er dem Unterzeichneten die größere Sach- und Personalkenntnis, allerdings auch die daraus erwachsene Verantwortung, zusprechen. Bundesminister Benda bat, das Kuratorium auf seiner nächsten Sitzung zu unterrichten und zu einer Stellungnahme zu veranlassen.

Der Unterzeichnete faßt die beabsichtigten Entscheidungen zusammen: Schadensersatzansprüche und Strafanträge werden gestellt, Kündigungen der Verträge werden von den Feststellungen des Strafverfahrens abhängig gemacht, Produktionsstop und Sperrung der Geräte und Ausbildungsräume seien ab 15. 7. 1968 beendet.

Bei der Verabschiedung äußerte Bundesminister Benda den Wunsch, die Akademie ein-

mal zu besuchen. Der Unterzeichnete wies auf die Dozentensitzung vom 19. bis 23. 8. 68 hin und bat Bundesminister Benda, wenn möglich, um einen Besuch. Bundesminister Benda erklärte, er sei in dieser Woche vom Urlaub zurück und vielleicht noch in Berlin, dann würde er diese Arbeitstagung gerne besuchen und bat um eine entsprechende Nachricht. gez. Rathsack."

#### EXTRA-GLOSSE

#### VERLAGSHAUS AXEL SPRINGER & SCHÜTZ / VON MARTIN BUCHHOLZ

Es stand nicht in der "Welt", sondern im Landespressediens des Westberliner Senats (man achte auf den feinen Unterschied): "Der Senat teilt nicht die Auffassung, daß das Verlagshaus Axel Springer & Sohn, das die Berlin-Ausgabe der BILD-Zeitung herausgibt, auf dem Berliner Zeitungsmarkt marktbeherrschend ist." Der FDP-Abgeordnete Kurt Weber hatte diese Auskunft vom Senat erbeten mit der Frage: "Teilt der Senat die Auffassung, daß das Verlagshaus Axel Springer & Sohn auf dem Berliner Zeitungsmarkt marktbeherrschend ist?" Weiter wollte Weber wissen, ob auch der Senat der Auffassung der "Michel"-Kommission sei, "daß in der Herausgabe gesonderter Berlin-Ausgaben bundesweit vertriebener Zeitungen ein mißbräuchliches Ausnutzen dieser marktbeherrschenden Stellung gesehen werden kann." Und außerdem: "Beabsichtigt der Senat, angesichts der Feststellungen der sogenannten 'Michel-Kommission' die Landeskartellbehörde gemäß §§ 44 Abs. 1 Nr. 3, 51 Abs. 1 und 22 des Kartellgesetzes zu beauftragen, von Amts wegen ein Verfahren gegen das Verlagshaus Axel Springer & Sohn einzuleiten?"

Der Senat, so konkret zum erstenmal nach der Springer-Macht in dieser Stadt von einem Abgeordneten befragt, gab auf die erste Frage die schon zitierte Antwort. Die Begründung: "Die Tatsache, daß auf die BILD-Zeitung im 4. Quartal 1967 22,1 % der in Berlin vertriebenen Straßenzeitungen (12,1 % der in Berlin überhaupt vertriebenen Tageszeitungen) entfielen, läßt zwar einen gewissen Marktanteil des Verlagsunternehmens erkennen. Jedoch kann eine Marktbeherrschung im Sinne des Gesetzes nur dann angenommen werden, wenn ein Unternehmen ohne Wettbewerber ist oder keinem wesentlichen Wettbewerb ausgesetzt ist. Dies ist nicht der Fall, weil neben der BILD-Zeitung auch Zeitungen anderer Berliner Verlage angeboten werden, die nicht bedeutungslos sind." "Nicht bedeutungslos" sind beispielsweise die "BZ" und die "Morgenpost", die beide im Verlag Ullstein GmbH erscheinen, und die Berlin-Ausgabe der "Welt" aus der "Welt Verlags-GmbH". Wohl heißt der Verleger in allen Fällen Axel Caesar Springer, doch der Senat hatte ja eine formale Krücke, mit deren Hilfe er der gefährlichen Frage ausweichen konnte. Im Verlag "Axel Springer & Sohn" erscheint tatsächlich nur die "Bild"-Zeitung. Urwegen eines Marktanteils von 12,1 Prozent kann der Senat schließlich kein Kartell-Verfahren einleiten. Daß der gesamte Anteil der Springer-Zeitungen über 70 Prozent liegt, wird schlicht übergangen in der vom Noch-Regierenden Klaus Schütz und seinem "im Kern gesunden" Noch-Senator König unterzeichneten Antwort.

Mit diesem formalen Zynismus glaubt man, einen unbequemen Parlamentarier abfertigen zu können. Die FDP hat inzwischen erklärt, daß sie ihre Frage noch einmal stellen wird - und diesmal so, daß dem Senat kein aalglattes Ausweichen möglich ist.

Wir können uns schon jetzt vorstellen, wie die Antwort ausfällt: Der Senat teilt nicht die Auffassung, daß der Verleger Axel Springer in Westberlin marktbeherrschend ist. Es gibt schließlich ja neben "Bild", "BZ", "Morgenpost" und "Welt" auch noch unabhängige Publikationen in dieser Stadt, beispielsweise den Senatspressediens... Anscheinend bleibt uns nicht anderes übrig, als die Parole "Enteignet Springer" in Zukunft zu erweitern: "Enteignet das Verlagshaus Axel Springer & Schütz".

#### SDAJ: STRASSENSAMMLUNG FÜR DIE FNL IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Anläßlich eines Gesprächs zwischen Vertretern der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und einem Vertreter der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams in Ostberlin überreichte die SDAJ-Delegation zwei Funksprechgeräte im Wert von etwa 2000 Mark. Das Geld war durch Straßensammlungen in Nordrhein-Westfalen aufgebracht worden.



Eing. - 9 NOV 1936

U.K. ....

Formblatt 1

*Handwritten signature*

Fragebogen

1. Name .....

Vornamen .....

Wohnort und Wohnung .....

Geburtsort, -tag, -monat und -jahr .....

Konfession (auch frühere Konfession) .....

Dr. M a r n d t

Ewald, Albert, Heinrich

Berlin N. 58, Kastanien Allee 2

Berlin, 22.1.1901

deutschgläubig

2. a) Haben Sie der Kommunistischen Partei oder kommunistischen Hilfs- oder Ersatzorganisationen (einschl. der sogenannten national-kommunistischen Bewegung — „Schwarze Front“ —) angehört, falls ja, von wann bis wann? .....

b) Haben Sie der Sozialdemokratischen Partei, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Eisernen Front oder sonstigen sozialdemokratischen oder republikanischen Hilfs- und Nebenorganisationen/ sowie der Deutschen Friedensgesellschaft, der Liga für Menschenrechte, der Friedensliga und anderen internationalen oder pazifistischen Verbänden, Vereinigungen oder Zusammenschlüssen angehört, falls ja, von wann bis wann? Waren Sie gewerkschaftlich organisiert? .....

c) Welchen politischen Parteien haben Sie sonst bisher angehört? .....

Sind oder waren Sie Mitglied der NSDAP., der SA., der SS., des St., der Technischen Rottfelle oder sonstiger hinter der Regierung der nationalen Erhebung stehender Verbände, falls ja, von wann bis wann? (durch Vorlegung geeigneter Bescheinigungen glaubhaft zu machen) .....

d) Welchen politischen Vereinigungen sowie Bogen, Orden u. ä. haben Sie sonst bisher angehört oder gehören Sie an, falls ja, von wann bis wann? .....

Nein

Nein

keiner

Mitglied der S.A. seit 1.11.33

" des N.S. Aerztebundes seit 13.11.35

" des Bundes Deutscher Aerzte seit 1933

keiner

3. a) Stammen Sie von nichtarischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern ab? .....

Nein

Näher: Angaben über die Abstammung:  
Eltern:

Name des Vaters .....

Vornamen .....

Stand und Beruf .....

Geburtsort, -tag, -monat und -jahr .....

Sterbeort, -tag, -monat und -jahr .....

Konfession (auch frühere Konfession) .....

verheiratet { in .....

am .....

Adolf Marndt

Adolf

Geschäftsführer

20.1.1874 in Berlin

22.6.1932

konfessionslos früher evangelisch

Berlin

27.3.1897

Geburtsname der Mutter .....	Harndt, geborene Peege
Vornamen .....	Emma
Geburtsort, tag, monat und jahr .....	14.6.1876 in Berlin
Sterbeort, tag, monat und jahr .....	./.
Konfession (auch frühere Konfession) .....	konfessionslos
<b>Großeltern:</b>	
Name des Großvaters (väterlicherseits) .....	Harndt
Vornamen .....	Albert
Stand und Beruf .....	Töpfermeister
Geburtsort, tag, monat und jahr .....	8.II.1850 in Berlin
Sterbeort, tag, monat und jahr .....	28.4.1914 in Berlin
Konfession (auch frühere Konfession) .....	konfessionslos, früher evangelisch
Geburtsname der Großmutter (väterlicherseits) .....	Harndt, Bertha, geb. Schneider
Vornamen .....	Bertha
Geburtsort, tag, monat und jahr .....	24.10.1853 in Berlin
Sterbeort, tag, monat und jahr .....	14.7.1901 in Berlin
Konfession (auch frühere Konfession) .....	konfessionslos, früher evangelisch
Name des Großvaters (mütterlicherseits) .....	Peege, Heinrich
Vornamen .....	Heinrich
Stand und Beruf .....	Tischlermeister
Geburtsort, tag, monat und jahr .....	21.7.1850 in Niedereula/Sachs;
Sterbeort, tag, monat und jahr .....	27.2.1927 in Berlin
Konfession (auch frühere Konfession) .....	konfessionslos, früher evangelisch
Geburtsname der Großmutter (mütterlicherseits) .....	Peege, geb. Rudolph
Vornamen .....	Therese
Geburtsort, tag, monat und jahr .....	4.11.1853 in Filehne
Sterbeort, tag, monat und jahr .....	<del>17.11.1932</del> 20.1.1932 in Berlin
Konfession (auch frühere Konfession) .....	konfessionslos, früher evangelisch
b) Sind Sie verheiratet?*) .....	<u>Ja</u>

Ich versichere, daß ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen gemacht habe. Ich weiß, daß ich bei wesentlich falschen Angaben die fristlose Entlassung, die Anfechtung der Anstellung oder ein Dienststrafverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung zu gewärtigen habe.

Berlin, den 7. November 1936

K. Oswald Harndt  
(Unterschrift)

\*) Verheiratete haben auch das Formblatt 2 auszufüllen.

# UNIVERSITÄT BERLIN

## FRAGEBOGEN zur Feststellung der politischen Zugehörigkeit zum Nationalsozialismus

FRAGEN	ANTWORTEN
1 Wie ist Ihre Einstellung zum Nationalsozialismus 1932-1945 gewesen, sympathisierend oder ablehnend?	<b>stets ablehnend</b>
2a Sind Sie Pj gewesen? Wann eingetreten?	<b>Nein</b>
2b Sind Sie, falls nicht Pj, beitragszahlender Anwärter gewesen?	<b>Ja von 1938-1941</b>
3a Haben Sie der freiwilligen SS angehört?	<b>nein</b>
3b Haben Sie der Waffen-SS angehört? Welchen Rang hatten Sie?	<b>nein</b>
4 Haben Sie der SA angehört? Welchen Rang hatten Sie?	<b>nein</b>
5 Haben Sie bei dem NSKK oder NSFK Leutnantsrang oder einen höheren Rang bekleidet?	<b>nein</b>
6 Militärische Tätigkeit während des Krieges? Militärischer Rang?	<b>keine</b>
7 Falls Sie Uk gestellt wurden, weswegen?	<b>zur Ausbildung der Studenten</b>
8 Welche Dekorationen und Auszeichnungen der Partei und ihrer Gliederungen haben Sie ertalten?	<b>keine</b>
9 Welche Ämter haben Sie in der Partei oder ihrer Gliederungen von 1932-1945 innegehabt?	<b>keine</b>
10 Welche akademischen Grade und Ämter haben Sie 1932-1945 erworben bzw. verliehen bekommen? Wann und wo?	<b>1936 Dr.med.habil 1939 Dozent                      Universität 1944 a.pl.Professor Berlin</b>
11a Sind Sie Antisemit gewesen?	<b>nein</b>
11b Haben Sie sich antisemitisch betätigt?	<b>nein</b>
12 Wie war Ihre Einstellung zu den Assistenten? Haben Sie nur Pj-Assistenten gehabt oder konnten sich auch antifaschistische Assistenten bei Ihnen halten?	<b>nur antifaschistische Assistenten wurden, seit die Abteilung unter meiner Leitung war, eingestellt</b>

FRAGEN	ANTWORTEN
13 Sind Sie Mitglied des nationalsozialistischen Dozentenbundes oder anderer nationalsozialistischer Organisationen gewesen?	nein
14 Besondere wissenschaftliche Leistungen in den Jahren 1932—1945	ca. 40 Veröffentlichungen, meist histo-bakteriologische, ernährungsphysiologische, Verleihung des höchsten Preises d. Zahnärzteschaft 1936, usw.
15 Besondere Bemerkungen:	
Ich erkläre an Eides Statt, wahrheitsgetreu alle Anfragen beantwortet zu haben.	
Vor- und Zuname:	E. Harndt (gez. Prof. Dr. Ewald Harndt)
Datum:	2.7.46
Anschrift:	Berlin W. 50 Tauentzienstr. 8

ANLÄSSLICH EINER WEGGENOMMENEN KAMERA / VON HANNES SCHWENGER

Dem SFB ist eine Kamera weggenommen worden. Wem ist diese Kamera weggenommen worden?

Den Journalisten, die das Gerät in Händen hielten? Waren sie seine Eigentümer? Verfügten sie über die Kamera, verfügten sie über den Film, den sie drehten?

Die Journalistenverbände, darunter ein gewerkschaftlicher, sagen, die Wegnahme sei eine Behinderung der Arbeit der Journalisten. Wie? Die Arbeiter der Journalisten wäre ihre eigene Arbeit? Sind sie nicht abhängig, haben sie ihre Arbeit nicht denen verkauft, die die Eigentümer ihrer Kameras sind? Entscheiden sie darüber, was, wie lange und wie der SFB berichtet? Dienen sie dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit oder ihrem Chefredakteur? Wem ist der verantwortlich - ihnen oder dem Proporz des Aufsichtsrats? Was geschieht, wenn ein Staatsanwalt den Film eines Journalisten verlangt und der ihn verweigert: Entscheidet das der Autor des Films oder sein Eigentümer - der SFB?

Hätten Journalisten je begriffen und nicht nur gefilmt, was die Außerparlamentarische Opposition ihnen - nicht nur Ostern vor dem SFB - zu sagen versucht hat, dann hätten jetzt nicht andere sich diese Kamera aneignen müssen. Dann wäre sie längst von denen weggenommen worden, denen sie eigentlich gehört: Den Journalisten selbst. Erst dann wäre journalistische Freiheit die Freiheit der journalistisch Arbeitenden, nicht die ihrer Auftraggeber.

Zur Freiheit des Journalisten gehört das Sonderrecht, überall ungehindert Zutritt zu erhalten und Informationen sammeln zu können. Dieses Recht auf Öffentlichkeit hat die bürgerlich-demokratische Bewegung einst erkämpft und seine Wahrnehmung den Journalisten übertragen. Seine gesetzliche Garantie reichte damals aus, um die Pressefreiheit zu sichern - damals, im Zeitalter der erst langsam einsetzenden Kapital-Akkumulation und des Buchdrucks als einzigem Nachrichtenmedium.

Seit aber journalistische Arbeit den Apparat der kapitalistisch organisierten Massenmedien voraussetzt, ist die Erfüllung des journalistischen Öffentlichkeitsauftrages nicht mehr gewährleistet. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten, die vom Kartell der herrschenden Parteien und Verbände ausgehalten werden, machen da keinen entscheidenden Unterschied. Das hat die Außerparlamentarische Opposition an sich erfahren. Sie hat sich nicht zuletzt aus dem Protest gegen die herrschende Nachrichtenmanipulation gebildet. Ist nicht dieser EXTRA-Dienst aus dem Bedürfnis nach jenen Nachrichten entstanden, die andere Westberliner Medien der Öffentlichkeit vorenthielten? Und bei dieser Arbeit - wie stand es da mit der Informationsfreiheit des Journalisten? Hat nicht die Landespressekonferenz, die den Zugang zu Informationen des Berliner Senats monopolistisch verwaltet, dem EXTRA-Dienst die Mitgliedschaft versagt? Weigert sich der Justizausschuß des Senats etwa nicht, Informationen aus dem EXTRA-Dienst aufzugreifen, weil APO-Journalisten nur Presse zweiter Klasse darstellen? Und schützt der Presse-Ausweis in der Hand eines kritischen Journalisten ihn wirklich vor Polizeiknüppeleien und -willkür? Wir haben es anders erlebt.

Wenn Journalisten ihren Öffentlichkeitsauftrag nicht mehr erfüllen, weil ihnen die Verfügung über ihre Produktionsmittel entzogen ist, dann haben sie kein Recht zu lamentieren, wenn Teile der Öffentlichkeit sich diese Produktionsmittel aneignen, um die versäumte Pflicht der Journalisten selbst nachzuholen. Ich rede nicht davon, ob die verzweifelte Einzelaktion vom Dienstag diesen Zweck erfüllen kann - also objektiv richtig ist. Aber kein Journalist sollte sie anklagen, der sich nicht zuvor selbst seiner Pflichtvergessenheit beschuldigt hat, mit der er die Studenten im Kampf um reale Pressefreiheit allein gelassen hat.

EXTRA ÜBER UNS

Die Vorsitzende des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller, Ingeborg Drewitz, schreibt uns zu unserer Meldung über "Schriftstellerprotest gegen liberale Tünche" (EXTRA-Dienst

97/II), daß nicht der Senat, wie die Schriftsteller erklärt haben, sondern der Schutzverband Veranstalter der Lesung "Kritik und Protest" im Haus am Waldsee gewesen sei. Ingeborg Drewitz nimmt auch grundsätzlich zur Situation der Schriftsteller in der Gesellschaft aus ihrer Sicht Stellung, was EXTRA-Dienst seinen Lesern nicht vorenthalten möchte: "Die Meldung wie auch das Flugblatt der Autoren zur Veranstaltung beruhen auf einer Unterschätzung der Entscheidungsfreiheit von Einzelpersonlichkeiten, also wohl letztlich auf Unterschätzung der Möglichkeiten gesellschaftsverändernder Impulse innerhalb der demokratischen Struktur. Der Schutzverband Deutscher Schriftsteller Berlin e. V. ist wie alle Schriftstellerverbände in der Bundesrepublik nicht in der Lage, sich selbst zu erhalten und zugleich durch Veranstaltungen hervorzutreten, um sich nach außen zu manifestieren. Offenbar hat die Mehrheit der Schriftsteller in der Bundesrepublik und West-Berlin geringes Interesse an ihrer gesellschaftlichen Funktion. Wie Ihnen bekannt, habe ich am 24. November 1967 in einem Aufsatz in der 'Zeit' auf diesen Übelstand hingewiesen, der eine Bewegung nach vorn, zur Wahrnehmung der gesellschaftlichen Funktion auf gewerkschaftsadäquater Basis hin hervorgerufen hat, die noch nicht abgeschlossen ist. Die Notwendigkeit, Subventionen anzunehmen, ist jedoch noch immer gegeben. Allerdings ist der oder den Vorsitzenden in Übereinstimmung mit ihrem Vorstand möglich, die Subvention völlig nach eigenem Ermessen (eben des Verbandsvorstandes) zu verfahren. So habe ich im genannten Fall nach Absprache mit dem Leiter des Hauses am Waldsee die Subvention für die genannte Veranstaltung beantragt. Sie hätte mir abgeschlagen werden können, sicher, das Risiko ist drin. Ich hätte aber ebenso gut die Subvention für eine Veranstaltung 'Neue Wanderlieder zur Klampfe' oder dergleichen beantragen können, ohne Risiko.

Die Unterzeichner des Flugblatts setzen die Entscheidungsfreiheit und Bereitschaft zum Wagnis zu gering an."

----- anzeigen -----

GEHEIMTIP FÜR INDIVIDUALISTEN: "Appleroyce", Pop-Boutique, Nähe Nollendorfplatz, neu eröffnet! Eine Fundgrube für alle, denen es Spaß macht, in Ruhe - bei Musik und Tee - zu kramen und dabei Flüssiges und Überflüssiges zu entdecken. | Berlin 30, Schwerinstraße 11, Telefon 26 71 21.

-----

BABYSITTER gesucht für einjähriges Mädchen, ganztags, gegen angemessene Bezahlung. Angebote an EXTRA-Dienst unter Chiffre ED 98/II.

-----

EINZIMMERWOHNUNG, Inntoilette, in Moabit. Sofort frei. Anfragen unter 390 63 04.

===== bestellschein =====

EXTRA-DIENST GMBH | BERLIN 31 PFALZBURGER STRASSE 20 TEL. 86 21 89

Ich bestelle ab ..... 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate, zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland DM 6.00 plus Luftpostzuschlag). Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Postscheckkonto der EXTRA-Dienst GmbH, Berlin-West, Nr. 8521, oder auf das Konto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, | Berlin 12, Kontonummer 4712.

NAME: .....

WOHNORT: .....

STRASSE: .....

DATUM: .....      UNTERSCHRIFT: .....